„Krieg der Generationen kann verhindert werden“

Wolfgang Gründinger: Die Jüngeren müssen sich aber lautstark zu Wort melden

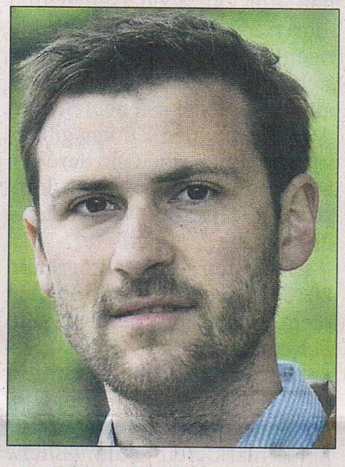
■ Von Hartmut Kaczmarek

Weimar. Er ist die Stimme der Jugend in der Öffentlichkeit, auch, wenn er kein Mandat hat. Aber Wolfgang Gründinger, Publizist und Sprecher der Stiftung für die Rechte nachfolgender Generationen, mischt sich immer dann wortgewaltig und nachdrücklich in die öffentlichen Diskussionen ein, wenn es um die Rechte der nachfolgenden Generationen geht. Er ist angetreten, um mit seinem Engagement aufzurütteln, die Probleme zu benennen und so einen „Krieg der Generationen“ zu verhindern.

Gründinger diskutiert am morgigen Donnerstag mit im Podium in Weimar, wenn bei einer neuen Veranstaltungsreihe des Finanzministeriums erörtert wird, inwieweit die Chancen nachfolgender Generationen durch heutiges Finanzgebaren beschnitten werden.

Einen unmittelbar bevorstehenden „Krieg der Generationen“ sieht Gründinger nicht auf Deutschland zukommen. Innerhalb der Familien verstehen sich die Generationen ganz gut, sagt er. Allerdings hört das Verständnis für die nachfolgenden Generationen auf gesellschaftlicher Ebene sehr schnell auf, wenn es um die Kinder und Enkel anderer Leute geht.

Gründinger sieht gewaltigen gesellschaftlichen Handlungsbedarf. Beispielsweise auch, wenn es um das Thema Finanzen geht. Für ihn kommt es entscheidend darauf an, wofür Geld ausgegeben wird. Was er deutlich ablehnt: Eine Konsolidierung des Staatshaushalts auf Kosten von Zukunftsinvestitionen. Er verlangt mehr Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung, hat aber kein Verständnis dafür, wenn sich der Staat in neue Schulden stürzt, um die Pensionen von Beamten zu finanzieren. Auch eine Sparpolitik muss generationengerecht gestaltet werden, verlangt er.



Vertritt die Interessen der Jungen: Wolfgang Gründinger.

Gründinger kritisiert, dass der Staat in den Bereichen Bildung und Kinderbetreuung zu wenig Geld ausgebe. Er rechnet vor: Allein, um auf das Durchschnittsniveau der Industrieländer bei den Bildungsausgaben zu kommen, seien Mehrausgaben von 20 Milliarden Euro notwendig. Auch im Kita-Bereich sieht er bundesweiten Nachholbedarf, nicht nur bei der Bereitstellung von Plätzen, sondern auch beim Lohnniveau der Erzieherinnen und Erzieher. „Hier müssen wir mehr Geld für Chancengerechtigkeit in die Hand nehmen“, mahnt er in Richtung Politik. Er schlägt außerdem den Abbau umweltschädlicher Subventionen, die Bekämpfung von Steuerverschwendung, die Übertragung des Nachhaltigkeitsfaktors auch auf Beamtenpensionen sowie Zukunftsprogramme für Bildung, Wissenschaft, Infrastruktur und Energie vor.

Auf der Einnahmenseite schlägt Gründinger die Einführung eines „Generationen-Soli“ vor. Damit könnten die teilweise sehr wohlhabenden Älteren sich an der Finanzierung von Zukunftsaufgaben beteiligen, beispielsweise bei Investitionen in Bildung und Kitas. Außerdem plädiert er für eine Anhebung der Erbschaftssteuer, da heute oftmals bereits die Erben nicht mehr zur jüngeren Generation zählen sondern ihrerseits selbst 50 Jahre und älter seien.

Gründinger versteht seine Aufgabe, die jüngere Generation zu motivieren, sich deutlich zu Wort zu melden. „Ohne dass wir in die Verbände gehen, ohne dass wir uns lautstark und radikal zu Wort melden, wird es nicht gehen“, macht er deutlich. Die jungen Menschen müssten sich gegen eine große Macht der Alten behaupten, sie brauchen mehr Mitsprache, um nicht in einer alternden Gesellschaft unterzugehen. Deshalb fordert er einen Aufstand der Jungen, aber nicht gegen die Alten, sondern gegen den aktuellen unfairen Zustand, er verlangt ein Recht auf Mitsprache und eine Wende hin zu gelebter Nachhaltigkeit. Denn: Nachhaltigkeit dürfe nicht zu einem inhaltsleeren Modewort verkommen, sondern müsse untersetzt werden, sagt er. „Wir haben Pflichten gegenüber den nachfolgenden Generationen, folglich haben diese auch Rechte, die es zu berücksichtigen gilt.“ Gründinger ist dafür, dass diese Interessenunterschiede zwischen Alten und Jungen nicht unter den Teppich gekehrt, sondern deutlich angesprochen und auch ausgefochten werden.

Er dehnt die Forderung nach einer stärkeren Mitsprache der jungen Generation auch auf den Bereich der Wahlen aus. Sobald die jungen Menschen bereit sind zu wählen, sollten sie auch das Recht dazu erhalten. Gründinger will das Wahlrecht nicht mehr an eine bestimmte Altersgrenze binden. „Es ist nicht hinnehmbar, dass 14 Millionen Menschen unter 18 Jahren von dem demokratischen Mitwirkungsrecht wie dem Wahlrecht ausgeschlossen sind“, sagt er. Seine Vorstellung: Jeder junge Mensch, der wählen möchte, sollte das auch tun können, unabhängig, wie alt er ist. „Ich kenne einige, die auch mit zwölf Jahren hingehen würden.“

Generationengerechtigkeit ist für ihn dann erreicht, wenn die Chancen zukünftiger Generationen auf Befriedigung ihrer Bedürfnisse mindestens so groß sind wie in der heutigen Generation.

! Wolfgang Gründinger diskutiert u.a. mit Prof. Kurt Biedenkopf am Donnerstag, 30. Mai, 19 Uhr im Seminargebäude der Weimarhalle, Unesco-Platz 1, Weimar